

## Wer sieht hier falsch?

Der Theologieprofessor und Dekan der Comenius-Fakultät in Prag, Professor D. Dr. Joseph Hromadka, in der Ökumene wohl bekannt, hat im Nachrichtendienst der protestantischen Kirchen in der Tschechoslowakei „Gedanken zur ungarischen Krise“ geäußert, wobei er betont, nur für seine Person zu sprechen. Das Ostberliner CDU-Organ hat diesem Gedanken als ein „Wort an die ökumenischen Freunde“ Breitenwirkung in der DDR zu verschaffen gesucht. Leser des Blattes werden sich nun hoffentlich ihre eigenen Gedanken zur „Hromadka-Krise“ machen.

Denn der Verfasser sieht nicht nur die jüngste Nachkriegsgeschichte Europas, sondern auch die Vorgänge in Ungarn ganz im Sinne des Kreml. Zwar steht am Anfang der ungarischen Vorgänge auch für Hromadka das „aufrichtige Verlangen vieler Bürger, Mitglieder der Arbeiterpartei, der Intelligenz... die inneren Mängel der Gesellschaft in einem schnelleren Tempo zu überwinden“. Die verantwortlichen Leiter der ungarischen Politik seien dem nicht entgegengekommen, hätten sich von den Volksmassen isoliert und seien den „vom Westen her eindringenden ausländischen Elementen“ nicht mehr gewachsen gewesen. Hromadka, der in den Ostblockländern eine positive Entwicklung zum „Ziel des Sozialismus und Kommunismus, der sozialen Befreiung des Menschen

und der Wahrung der menschlichen Würde durch neue soziale Ordnungen“ erkannt zu haben meint, spricht vom „Aufmarsch der Gegenrevolution“ und hält das Eingreifen der sowjetischen Armee für gerechtfertigt, da es „die Ungarn nicht nur vor furchtbarem Blutvergießen und staatlichem Zerfall, sondern auch vor der chauvinistischen und sozialen Reaktion rettete, die von Ungarn aus den ersten Schritt zu einem weiteren Kriegskonflikt in Mitteleuropa und möglicherweise in Europa überhaupt hätte machen können.“ Zu den kirchlichen Verhältnissen in Ungarn äußerte sich der tschechische Theologieprofessor dann in folgenden merkwürdigen Worten:

„Die ungarischen Ereignisse erschütterten auch die Leitung der ungarischen protestantischen Kirchen. Es war in ihnen offenbar nicht alles in Ordnung. Wir wissen aber auch, daß manches in diesen Kirchen seit einem Jahr im Zustand der Verbesserung begriffen war. Ich hege aber ernste Zweifel darüber, ob den ungarischen Kirchen auf dem Wege der Restauration geholfen werden kann und ob die Art und Weise, wie es zu den Änderungen kam, die Kirchen nicht der Gefahr aussetzt, daß künstlich dasjenige erneuert wird, was mit dem Fall der alten ungarischen Gesellschaft hätte absterben sollen... Insbesondere glauben wir nicht, daß die Freiheit der Kirche durch Ver-

schiebung auf den Bischofsplätzen gesichert sei... Wir werden uns nicht den Freudenkundgebungen über den ‚großen Tag‘ anschließen, an dem die gewesenen Würdenträger ihre Bischofsplätze wieder einnehmen, während Tausende von Menschen gemordet wurden und die Fahne des sozialen Rückschritts und des politischen Nationalismus gehißt wurde...“

Nein, Herr Professor! Wir müssen Sie fragen: Wollen Sie wirklich den infolge des Volksaufstandes in Ungarn zurückgekehrten, jahrelang zu Unrecht eingekerkerten rechtmäßigen Bischof Ordasz mit „Restauration, sozialem Rückschritt und politischem Nationalismus“ in Verbindung bringen, Dingen, mit denen der rein kirchlich, vom Evangelium her handelnde Bischof Ordasz nicht das geringste zu tun hat, noch je gehabt hat? Selbst die Regierung Kadar hat anscheinend nicht gewagt, auf dem kirchlichen Gebiet das Rad wieder zurückzudrehen. Sie hat nämlich nach den letzten Meldungen die während des Volksaufstandes zurückgetretenen, dem kommunistischen System treu ergebenen kirchlichen Würdenträger durch Staatsstellungen entschädigt. So ist der ehemalige reformierte Bischof Peter zum Vorsitzenenden des „Instituts für kulturelle Beziehungen“ ernannt worden, während der frühere lutherische Bischof Deszery eine Anstellung bei Radio Budapest erhalten hat.

Wie will Professor Hromadka aus dem Weißlicht herausfinden, in das er sich gestellt hat?

\* \* \*

## Politische Übersicht

Die Rückgliederung der Saar hat der vorübergehend abgeflauten Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung einen neuen Anstoß gegeben, der sich nun wellengleich in den Bewegungen des Wahlkampfes fortsetzt. Die harte Tatsache, daß die Regierungspolitik die Wiedervereinigung bisher nicht erreicht hat, wird naturgemäß von der Opposition weidlich ausgeschlachtet. Die Regierung vermag dem nur mit dem schwächeren Argument zu begegnen, das Verhalten der Sowjets beweise, daß auch die Oppositionspolitik niemals zum Ziel geführt haben würde. Aber sooft diese Argumentation auch noch zu hören sein wird — im Grunde wissen beide, Regierungs- wie Oppositionsparteien, längst, daß ein solches Duell den Wähler nicht mehr sonderlich anzuziehen vermag. Denn er ist nicht erst jetzt dahinter gekommen, daß es sich hierbei mehr um einen Schaukampf als um eine

lassen, da auch Amerikaner sich für den Plan zu interessieren begannen, Deutschland (ganz oder geteilt?) in eine militärisch „verdünnte“ Pufferzone zwischen Ost und West einzubeziehen. Schon im eigenen Interesse wird der Westen niemals die Hand dazu bieten, auch noch den bundesrepublikanischen Teil Deutschlands dem Sowjetimperialismus preiszugeben. Der Kanzler ist sich dessen so sicher, daß er kein Bedenken trug, selber ein gewisses Interesse für jenes „Verdünnungs“-Projekt zu bekunden, das in seinem Düsseldorfer Gespräch mit Nehru zweifellos eine große Rolle gespielt hat. Wieweit er das wirklich ernst meint, ist freilich eine andere Frage, zeichnet sich Adenauer doch seit der Eröffnung des Wahlkampfes durch eine auffallende Fähigkeit zur politischen Improvisation aus.

Vorsicht nach wie vor geboten

es die Sozialpolitik, die das Feld völlig beherrschte. Nach hartem Ringen gelang es dem Bundestag, die Rentenreform, die umfangreichste und vielleicht auch bedeutendste Vorlage dieser Legislaturperiode, zu verabschieden. Ihre Bedeutung wird nicht durch die Feststellung verkleinert, daß die 1953 angekündigte große Sozialreform bisher ausgeblieben ist. Aber auch wenn man daraus keinen Vorwurf gegen die Bundesregierung herleiten möchte, bleibt ein Bedenken, das durch das Ergebnis des Ringens um die Rentenreform gerechtfertigt erscheint. Diese weist nämlich einige prinzipielle Mängel auf, die allein auf das Fehlen einer sozialpolitischen Gesamtkonzeption zurückzuführen sind. So hat sie mit der vorgesehenen gesetzlichen Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung

## Stimmen zur Lage

### Bundespräsident Theodor Heuss

Das morgen beginnende Jahr wird ein Wahljahr sein — in gewissem Sinn, für mein persönliches Gefühl reichlich zu früh, stehen wir ja schon seit Monaten in den Vorfeldgefechten zu dem an sich höchst legitimen und notwendigen Kampf um den politischen Einfluß, um die Machtgruppierung im künftigen Bundestag. Ich habe keine Parolen zu geben, freilich Wünsche genug, dies und dies Problem, indem man es anpackt, in die Perspektiven der außenpolitischen Bewertung zu rücken, d. h. in Fragen allgemeinen nationalen Interesses wie Wiedervereinigung und Landesverteidigung eine gemeinsame Plattform zu finden und diese Probleme nicht im Wahlkampf zu zerreden. Ob eine Bitte, das persönlich Verletzte in dem parteipolitischen Machtringen auszuschneiden, bei dem und dem unter den Beteiligten „ankommt“, wie man heute so schön sagt, bleibt fraglich — ich habe da meine Erfahrungen —, aber es müßte jeder sich die Achtung vor der Persönlichkeit auch des politischen Gegners zum Gesetz machen!

Rundfunkansprache am 31. 12. 1956

### Bundeskanzler Dr. Adenauer

Ich glaube, daß wir in dieser Stunde Frankreichs gedenken müssen. Es war nicht leicht für Frankreich, zu verzichten; denn der Krieg hatte ihm grausame Wunden geschlagen. Es bedurfte der Geduld und des Abwartens, um in Frankreich jene Atmosphäre des Vertrauens zu dem neuen Deutschland entstehen zu lassen, in der allein Ausgleich, Verständigung, Nachbarschaft und Freundschaft sich entwickeln kann. Diese Lösung der Saarfrage ist in Wahrheit eine Tatsache von größter historischer Bedeutung. Seit Jahrhunderten bestand leider zum Nachteil beider Völker und Europas Mißtrauen, ja Feindschaft zwischen den beiden Nachbarvölkern. Seit dem 17. Jahrhundert hat immer wieder die Saarfrage eine störende, eine vergiftende Rolle gespielt.

Das ist nun vorüber. Wir danken Gott, daß dem so ist; denn nun ist die Bahn frei für ein echtes und starkes Zusammengehen dieser beiden Völker, für eine Arbeit in ihren besonderen, auf der Nachbarschaft beider Nationen beruhenden Interessengebieten, für eine enge gemeinsame Arbeit beim Zusammenschluß Europas, für eine gemeinsame Arbeit beim Aufbau einer friedlichen Welt...

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch im Osten Lösungen möglich sind auf gleicher Grundlage, Lösungen, die allen beteiligten Völkern zum Segen und zur Wohlfahrt gereichen werden.

Staatsrat in Saarbrücken am 7. 1. 1957